

Des Kalendermanns Weltumschau

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **226 (1947)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-375288>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Des Kalendermanns Weltumschau

„Vae victis!“ Wehe dem Besiegten! hieß es schon bei den alten Römern. Das Wort ist heute noch so wahr wie in fern zurückliegenden Jahrhunderten. Jede Tageszeitung bestätigt das mit ihren Meldungen und Berichten aus dem Ausland. Als im Mai 1945 in den alliierten Ländern der Sieg gefeiert wurde, da nahm der Kalendermann im Schweizerland eine befremdliche Abnungsllosigkeit über den wirklichen Stand der Dinge in Europa und in der weiten Welt, einen unbegreiflichen Optimismus, eine ganz falsche Vorstellung von der Entwicklung der nächsten Zukunft wahr - jetzt, dachten sich viele, werden die zerrissenen Fäden gleich wieder angeknüpft, wird der Güteraus-tausch gleich wieder funktionieren und wird der Tisch allerorten wieder gedeckt sein. Der Kalendermann wollte die Leute in ihrer freudigen Hoffnung nicht stören und nicht den pessimistischen Schwarz-seher hervorkehren. Aber er dachte an die Millionen, die exiliert und deportiert und kriegsgefangen erst in ihre Heimatländer zurückgeführt werden mußten, an die Böden, die keine Frucht mehr trugen, an die Städte, die kein Obdach mehr boten, an die verrohten, der Friedensarbeit entwöhnten, zu jeder Gewalttat fähigen Landstreicherborden, an die vernichteten Verkehrswege und Verkehrsmittel, an die aufgebrauchten Lebensmittel und Rohstoffvorräte, an die unzähligen Kranken, verwundeten, überarbeiteten, entnervten Menschen, an die zerrissenen Familien und aufgehobenen politischen Ordnungen - mußten da nicht die Alten recht bekommen die stets von Hunger, Pestilenz und Revolution als den Trabanten des Krieges gesprochen haben?

Daß diese Gefahren wie neue schwarze Wolken am Himmel heraufzogen, haben auch die Staatsmänner der Siegermächte richtig erkannt. Zwar spricht alle geschichtliche Erfahrung dagegen, daß Koalitionen nach dem gemeinsam errungenen Sieg noch lange Bestand haben; wenn die allen drohende Gefahr vorüber ist, treten die eigenen Ideologien und Interessen der Siegermächte wieder in den Vordergrund. Aber nach diesem weltumfassenden Ringen verpflichtet das gemeinsame Ziel, den dauerhaften Frieden zu begründen, doch zum Zusammenhalten. Das vergangene Jahr war ein typisches

Jahr der Konferenzen.

Schon im letztjährigen Bericht erzählte der Kalendermann von Bretton Woods und Dombarton Oaks, von Malta und von San Franzisko. Ende Juli 1945 wurden der Welt die Ergebnisse der Dreierkonferenz (Truman, Stalin, Attlee) von Potsdam bekanntgegeben, und zwar Beschlüsse über die politische und wirtschaftliche Behandlung Deutschlands, über die deutschen Wieder-

gutmachungen, die Ziehung der deutschen Ostgrenze zu Händen der spätern Friedenskonferenz, wobei Königsberg und angrenzende Gebiete an Sowjetrußland fielen und die polnische Westgrenze von Swinemünde entlang der Oder und der Lausitzer Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze reichen sollte; es wurde ferner der für die innere Neuordnung Deutschlands höchst bedeutsame Beschluß gefaßt, daß „eine zentrale deutsche Regierung vorläufig noch nicht eingesetzt werden solle“ (wodurch die einzelnen besetzten Zonen zu selbständigen Verwaltungsgemeinschaften wurden), und schließlich sollte ein permanenter Außenministerrat die Friedensverträge vorbereiten.

Am 11. September wurde die in Potsdam beschlossene Konferenz der Außenminister in London eröffnet. Sie ging am 2. Oktober resultatlos auseinander. Die Mittelmeerfrage, die Anmeldung der russischen Interessen an den italienischen Kolonien, die Weigerung Moskaus, sich in die Balkanangelegenheiten dreinreden zu lassen, an-

dererseits die Weigerung der amerikanischen Regierung, das Geheimnis der Atombombe preiszugeben, dies und anderes verursachte eine unerquickliche Stimmung und verurteilte die langen Diskussionen zur Unfruchtbarkeit. Zum Trost kann der Kalendermann auf zwei kleinere Sonderkonferenzen, die erfolgreich abschlossen, hinweisen: auf das britisch-amerikanische Finanzabkommen, das den ersten Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der freien Weltwirtschaft bildet, und die französisch-britische Einigung in der heiklen syrischen Frage, womit ein die Beziehungen mit dem Nahen Osten schwer gefährdender Konfliktstoff aus dem Wege geräumt worden ist.

Am 17. Dezember trafen die „Großen Drei“, Bevin, Byrnes und Molotow, in Moskau zu neuen ver-



Prof. Dr. Hans Lehmann †, ehem. Direktor des Schweiz. Landesmuseums in Zürich und langjähriger Mitarbeiter am Appenzeller Kalender

traulichen Besprechungen zusammen. Von dem, was dort verhandelt wurde, ist wenig über die vier Wände des Sitzungszimmers hinausgedrungen, man weiß nur, daß zwei schwere Probleme des Nahen Ostens gewälzt wurden: Persien und die Türkei. Denn in der persischen Provinz Aserbeidjan waren unter den Augen der russischen Besetzung ernste Unruhen ausgebrochen. Und die Türken vernahmten gar bedrohliche Kunde von sowjetrussischen Ansprüchen auf einen Teil des armenischen Berglandes. Ankara reagierte sehr entschieden: die Meerengen seien die Kehle und die Hochebene von Karz die Wirbelsäule des türkischen Reiches. Dann hieß es, daß die „Großen Drei“ sich über die Friedensverträge mit Italien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland geeinigt hätten. Zur Behandlung der japanischen Frage sei ein Fernostauschuß und ein alliierter Rat gebildet worden, und zwar sollten diesem Amerika, Rußland, China und ein gemeinsamer Vertreter Großbritanniens, Australiens, Neuseelands und Indiens angehören.

Im April fand, zum ersten Mal nach neun Jahren, wieder in London die Empire-Konferenz statt, in der die zukünftige gemeinsame wirtschaftliche und politische Strategie Englands und seiner Dominions festgelegt wurde. Unmittelbar darauf sah man die Außenminister von vier führenden Mächten – Großbritannien, USA, Sowjetrußland und Frankreich – in Paris versammelt. Da zeigte es sich, daß während die Welt den großen Diskussionen in der UNO und im Sicherheitsrat zuhorchte, sich hinter den Kulissen ein zäher Kampf um die Befugnisse an der Friedenskonferenz abspielte, wobei Sowjetrußland sichtlich darauf hintenderte, seine Interessen in den Verhandlungen unter vieren unter Dach zu bringen.

Daß nämlich die sowjetrussischen Ansprüche im neuen Völkerbund, der United Nations Organization, kurz genannt UNO, auf entschlossene Gegnerschaft stoßen würden, hat Moskau in der großen, vom 10. Januar bis 15. Februar dauernden Konferenz dieser Weltorganisation und in den Beratungen des politischen Ausschusses der UNO, dem Sicherheitsrat, eindringlich erfahren müssen. Nicht umsonst hat Außenminister Byrnes in seiner ersten Rede in der UNO gesagt: „Wir müssen zuerst den Sicherheitsrat mit der Kraft ausstatten, die er zur Aufrechterhaltung des Friedens braucht“. Diesem mit weitgehenden Kompetenzen ausgerüsteten Kollegium kann man das Zeugnis ausstellen, daß es mit Energie und zielbewußtem Willen für gerechte Lösungen der ihm übertragenen, sehr heiklen Streitfragen eingestanden ist. Sowohl die UNO, dieses aus den Vertretern von 50 Nationen zusammengesetzte Weltparlament, wie der Sicherheitsrat haben in die Geheimdiplomatie unseligen Angedenkens eine Bresche geschlagen, indem in beiden Instanzen die Weltprobleme mit erfrischender Offenheit besprochen wurden.

Für den alten Völkerbund war der 18. April der Sterbetag. In der Schluß-Session im eigenen pompösen Palais in Genf sah man nochmals einige der alten Pioniere der Völkerbunds-idee wie Paul Boncour und Viscount Cecil. Es wurde festgestellt, daß eigentlich nicht der Völkerbund versagt hat, sondern die Nationen,

die ihn im Stiche gelassen haben. Er hat sich ernstlich um die Abrüstung und um eine neue weltwirtschaftliche Ordnung bemüht, aber die Verwirklichung seiner Grundsätze ist immer irgendwo und irgendwie sabotiert worden. Nun gehört sein Palast den Vereinigten Nationen, ihr administrativer Sitz wird aber nicht in Genf, sondern in Amerika sein. Womit nicht gesagt ist, daß Genf alle seine Bedeutung als geistiger Weltmittelpunkt verloren habe.

Nun wendet sich der Kalendermann noch einzelnen Ländern zu. Sie alle mit ihren Nachkriegserlebnissen und ihren inneren und äußeren Nöten aufzuzählen, würde ein Buch füllen. Es kann sich hier nur um ein Resümé handeln. Das europäische Zentralproblem, politisch, wirtschaftlich und sozial, ist

Deutschland.

Hier stoßen jetzt der Osten und der Westen am un-mittelbarsten aufeinander. Moskau wünscht sich ein von zentraler Stelle aus geleitetes und von dort aus gesamt-haft unter Einfluß und Kontrolle gehaltenes Deutschland. Die Alliierten haben ihre Gründe, nicht einen neuen deutschen Einheitsstaat aufkommen zu lassen, man denkt da vielmehr an einen Staatenbund von 10-12 Einzelstaaten. Frankreich vor allem will keinen starken Nachbar mehr im Westen haben, nachdem es in weniger als einem Vierteljahrhundert zwei deutsche Invasionen erlebt und furchtbare Verluste ertragen hat. Auf der andern Seite hält Sowjetrußland an der Abtretung des von der Roten Armee besetzten deutschen Ostens an Polen und damit in die russische Interessensphäre fest. Die Trennungslinie zwischen Westen und Osten zieht sich bereits durch ganz Zentraleuropa von Bismar bis nach Triest hinunter. In Deutschland aber denken viele schon wieder an ein „Waterloo der andern“; ihr Optimismus ist ebenso unheilbar wie ihre Herrschsucht.

Vor diesem politischen Hintergrund spielt sich eine grauenhafte *Glendstraße* in unserm Nachbarland, mit dem wir früher im regsten Austausch kultureller und materieller Werte standen, ab. Die erbar-mungslose Umsiedlungs- und Deportationspolitik Hitlers, die Millionen Menschen ihrem Erdreich entriß und sie einfach in andern Boden verpflanzte, wendet sich jetzt gegen Kumpfdeutschland selbst: Polen und die Tschechoslowakei räumen ihre Gebiete von allem deutschen Besen rücksichtslos aus, jagen die deutschen Familien von ihrem Eigentum weg und zwingen den bereits über-völkerten deutschen Westen, sie auch noch irgendwie unterzubringen. Damit entlastet sich der Osten auch leicht hin der ihm auferliegenden Ernährungsorgen. Früher hat der industrielle Westen Millionen Menschen beschäftigt; jetzt sind die Werke zerstört oder die sture Angst vor der deutschen Konkurrenz, die wieder hochkommen könnte, hält die Fabrik-tore zu. Wo aber keine Arbeit ist, ist auch kein Brot und so verwundert es nicht, daß trotz guter Ernte – wirklich großzügig ist einzig der Himmel – das Hungergespens in Deutschland her-umgeht.

Unterdessen kann man sich in Nürnberg die ganze Galerie der Paladine um Hitler, die mit ihrem Tun oder Nichtstun diesen Krieg mit allen seinen Unmensch-lichkeiten verschuldet haben, ansehen. Das gegen die

obersten verantwortlichen Befehlsgewaltigen angewandte Verfahren erscheint zwar reichlich umständlich; aber die Siegermächte wollen eben für alle Zeit auf Grund korrekter strafrechtlicher Erhebungen die moralisch-politische Verantwortlichkeit feststellen. Mit der Horde der Konzentrationslagerhauptide, der sadistischen Henker und Folterer und der Anführer der Strafexpeditionen hat man, soweit sie eruiert worden sind, mit Recht kurzen Prozeß gemacht. Die Politiker, Staatsmänner und Generale suchen sich mehr oder weniger geschickt aus der Schlinge zu ziehen. Man muß dem einen oder anderen den guten Glauben, daß er dem Vaterland zu dienen geglaubt und erst zu spät die wahre Natur seines „Führers“ erkannt hat, zugestehen. Denn fast alle befeuern, von den Schreckschiffen in den Konzentrationslagern nichts gewußt zu haben. Sie aber deshalb von Schuld und Verantwortung entlasten, wäre ein Unrecht den Tausenden gegenüber, die der Hitler-Diktatur ehrlich und mutig die Gefolgschaft versagten und dafür ins Exil gegangen sind oder Tod und Verdammnis in den Kerker der Gestapo erlitten haben.

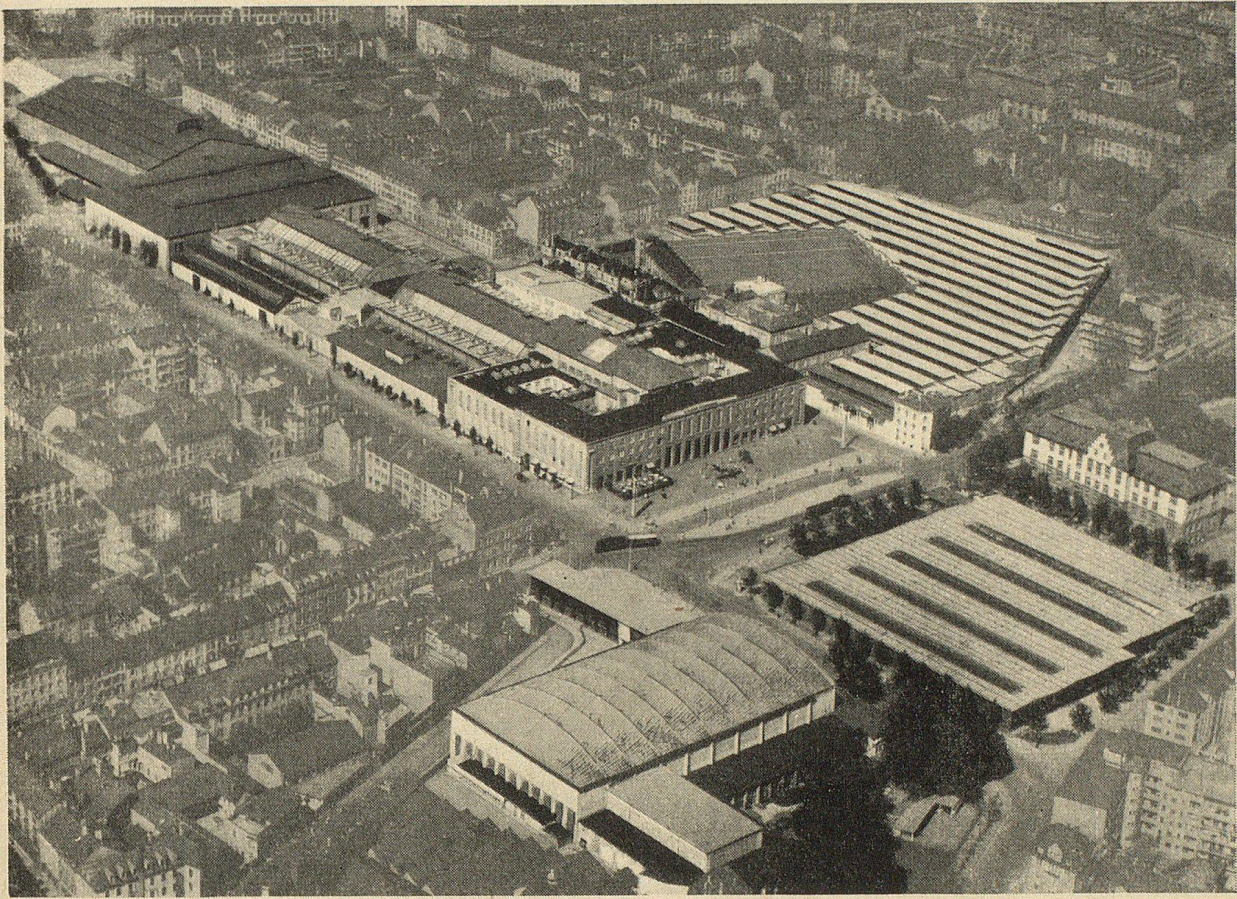
Österreich, Frankreich und Italien,

unsere Nachbarstaaten im Osten, Westen und Süden, sind in ihre Souveränitätsrechte wieder eingesetzt, haben ihre vom Volk gewählten Parlamente und vom Parlament gewählten Regierungen. Österreich und Italien leiden aber schwer unter der alliierten Besetzung. 90 % der österreichischen Wähler gingen im November zur Urne, um den Nationalrat zu wählen, dabei wies sich die bürgerliche Sammlungspartei als die stärkste Partei aus mit 83 Mandaten, die sozialistische als die zweitstärkste mit 77 Mandaten, während der Kommunismus eine vollständige Niederlage erlitt. In Respektierung des Volkswillens trat die provisorische Regierung Kenner zurück, worauf die österreichische Bundesversammlung Dr. Karl Kenner zum Bundespräsidenten machte und das Kabinett mit Leopold Figl von der Volkspartei als Bundeskanzler und Außenminister und mit Dr. Schäfer, Sozialist, als Vizebundeskanzler bildete. Später übernahm Dr. Gruber das Außenministerium. Österreich hat inzwischen an die alliierten Mächte eine Reihe positiver Fragen gestellt, wie Aufhebung der Besetzungszonen, Freigabe der Donauschiffahrt, Grenzberichtigungen in Südtirol usw. Eine tiefe Wunde hat die Pariser Außenministerkonferenz dem österreichischen Volkstum geschlagen, als sie die Rückgabe Südtirols, d. h. des deutschsprechenden Gebiets zwischen dem Brenner und der Salurner Klause, verweigerte.

In Frankreich hat sich die verfassungsrechtliche Neuordnung nicht so glatt vollzogen. Zu Beginn des Jahres, über das der Kalendermann zu berichten hat, war in Frankreich immer noch die Liquidation der Kriegserbschaft, nämlich die Säuberung von allen Helfershelfern des Naziregimes, im Gange. Den Gipfelpunkt dieser Aktion bildete der Prozeß Pétain. An diesem Manne ist es wieder einmal wahr geworden, daß ein verehrter militärischer Führer nicht ohne weiteres auch das Zeug zum Staatsmann hat. Nur die Rücksicht auf sein Alter und seine Verdienste im ersten Weltkrieg haben ihn davor bewahrt, daß das Todesurteil an ihm vollstreckt wurde. Staatschef de Gaulle begnadigte

ihn zu lebenslänglicher Haft. Nach ihm stürzte, mit noch viel größerer Schuld belastet, der ehemalige französische Premier, der ehrgeizige Laval, der Tausende von Franzosen der Gestapo ans Messer geliefert hat. Er wurde wie Darnand, sein Polizeichef, hingerichtet. Am 21. Oktober fanden die Volksabstimmungen über die Referendumsfragen in der französischen Verfassung und zugleich die ersten Wahlen in die französische Nationalversammlung statt mit dem Ergebnis: überwältigendes Mehr für das Einkammersystem und für weitgehende Vollmachten für die verfassungsgebende Versammlung, überdies Wahlsieg der Linken mit Aufstieg der Kommunisten zur stärksten Partei, denen aber auf dem Fuße die MRP (Widerstandsbewegung), die Sozialisten und in weitem Abstand die Radikalen folgten. Im November wählte die Konstituante General de Gaulle einstimmig zum Regierungschef. Aber im neuen Jahr schlug der Wind um, im Januar kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Kunde vom Rücktritt de Gaulles aus dem Amt und „aus dem politischen Leben“. Grund: Zusammenstoß des sehr eigenmächtigen Regierungschefs mit den Parteiführern, Verlegung des Schwerpunkts der Macht ins Parlament auf Kosten der Regierung, Herabsetzung der Militärkredite. Sein Nachfolger wurde der Sozialist Félix Gouin. Am 5. Mai hat das französische Volk die Verfassung, die eine kommunistische Diktatur gebracht hätte, mit 10 gegen 9 Millionen Stimmen bachab geschickt. Also mußten die Franzosen zum zweiten Mal an die Urnen, um eine konstituierende Nationalversammlung zu wählen. Jetzt sammelte die MRP, die katholische Massenpartei, 700 000 Wähler mehr unter ihre Banner als im Oktober, während die sozialistischen Stimmen von 4,5 auf 4,2 Millionen zurückgingen. Die MRP überflügelte die Kommunisten und noch mehr die Sozialisten. Um eine neue „Volksfront“ in Frankreich zu bilden, waren die Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialisten viel zu tief. Die Nationalversammlung wählte mit großer Mehrheit Georges Bidault zum Regierungschef und Außenminister. Sein Kabinett steht vor schweren Aufgaben außen- und innenpolitischer Art – um nur eine zu nennen: wie will die Regierung dem Wettrennen von Löhnen und Preisen ein Ende setzen?

Von I t a l i e n hat einst Cavour das stolze und starke Wort gesprochen: „Italia fara da se!“ Nun hängt ihm die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den Alliierten wie eine Kette an den Füßen. Wie in Frankreich, suchten die Linksparteien die Führung an sich zu reißen. Die Volksmehrheit bildet aber in Italien der Mittelstand. Die aus Rußland zurückgekehrten Kriegsgefangenen haben die roten Fahnen zerrissen, mit denen die Kommunisten sie in der Heimat zu begrüßen für nötig hielten. Dem Koalitionsministerium Ferruccio Parri, von dem der Kalendermann letztes Jahr noch berichtete, folgte im Dezember de Gasperi. Am 2. Juni hatte das italienische Volk seinen großen politischen Tag; es hatte auf der Basis des allgemeinen Stimmrechts zu entscheiden, ob es die Monarchie beibehalten oder zur Republik übergehen wolle und zu gleicher Zeit waren die Vertreter in die verfassungsgebende Versammlung zu wählen. Auch hier ein Sieg der demokratisch-republikanischen Staatsidee! 12,6 Millionen italienische Män-



Blick auf die 30. Schweiz. Mustermesse in Basel 1946 mit ihren 14 Hallen, in denen 2000 Aussteller auf einer Grundfläche von 81 000 m² ihre Produkte zur Schau stellten

ner und Frauen stimmten für die Republik, 10,6 Millionen für die Monarchie. Die sog. christlich-demokratische Partei eroberte sich eine führende Position mit 206 Sitzen, während auf die Sozialdemokraten 115, die Kommunisten 104, die nationaldemokratische Union 40, die Partei Uomo qualunque 30, auf andere Parteien 59 Sitze entfielen. Das Haus Savoyen hat aufgehört zu regieren. Viktor Emanuel III., der das Volk in zwei Weltkriegen kämpfen gesehen hat, sah ein, daß er des Vertrauens verlustig gegangen war, und so zog er freiwillig ins Exil. Der Kronprinz Umberto nährte bis zuletzt die Hoffnung, durch würdige Haltung das verlorene Vertrauensgut zurückzugewinnen, aber auch er zog die Konsequenz aus dem Volksentscheid und ging ins Ausland. Präsident der Konstituante ist heute Giuseppe Saragat, Präsident des Kabinetts de Gasperi, Staatschef Enrico de Nicola.

Von den andern Ländern des Kontinents nur ganz kurz:

Spanien ist seit Monaten Verhandlungsgegenstand an den grünen Tischen. Seit der Niederlage Deutschlands wird Franco von allen Seiten bedeutet, daß er in der neuen Welt der Vereinigten Nationen keinen Platz mehr habe. Er aber verweist die Gegner auf den 7. Absatz des 2. Artikels der Satzung von San-

Franzisko, die den Vereinigten Nationen jegliche Einmischung in die innern Angelegenheiten einer Nation verbietet. Von der Anerkennung dieses Grundsatzes bis zur Forderung des Abbruchs der Beziehungen und - wie es Frankreich zu tun für gut fand - mit der wirtschaftlichen Blockade variiert die Einstellung der Nationen in allen Farben und Tönen. In Oslo tagten im April die Außenminister der nordischen Staaten. Aber es waren nur Dänemark, Schweden und Norwegen beteiligt. Finnland mußte, der scharfen Kontrolle des Sowjetnachbarn eingedenk, sich darauf beschränken, einen freundlichen Gruß zu schicken. Dort hat man Politiker, die sich offenbar schwere Irrtümer und verfassungswidrige Mißgriffe zuschulden kommen ließen, aber kaum aus moralisch verwerflichen Beweggründen gehandelt haben, vor ein Sondergericht gestellt. Unter den Angeklagten figurierten die früheren Minister Nyti, Rangell, Einkomies, Tanner, Rukkonen und Ramsay. Nachdem so die von Sowjetrußland geforderte Sühne geleistet war, konstatierte man als Gegendienst den guten Willen, zu einem erträglichen Frieden Hand zu bieten. Um zwischen alter und neuer Politik den Trennungsschritt zu ziehen, hat sich Staatschef und Feldmarschall Mannerheim vollends aus dem politischen Leben zurückgezogen.

Vor Sowjetrußland und seine neue Politik ist ein schwerer „eiserner Vorhang“ gezogen. Daß dahinter eine gewaltige Wiederaufbauarbeit im Gang ist, darf man als sicher annehmen. Noch sind mächtige Produktionsgebiete in Rußland unversehrt, so daß die Ernährungsverhältnisse sich schrittweise bessern müssen. Für die zerstörten Industrien hat man sich in den besetzten Gebieten Ersatz geholt. Die proletarischen Propagandathefen über die Zustände im kapitalistischen Westen lassen sich, nachdem Millionen russischer Soldaten den Westen gesehen haben, nicht mehr aufrechterhalten. Es bahnt sich auch eine neue Einstellung in Fragen der Religion und Kirche an, nur darf selbstverständlich die Kirche den Totalitätsansprüchen des Staates nicht hindernd in den Weg treten. Das Mißtrauen gegenüber den bisherigen Kampfgenossen des Westens wird systematisch geschürt und alle Expansionsansprüche gegen Westen dienen Stalin nur der „Schaffung von Garantien gegen alle Zufälligkeiten“.

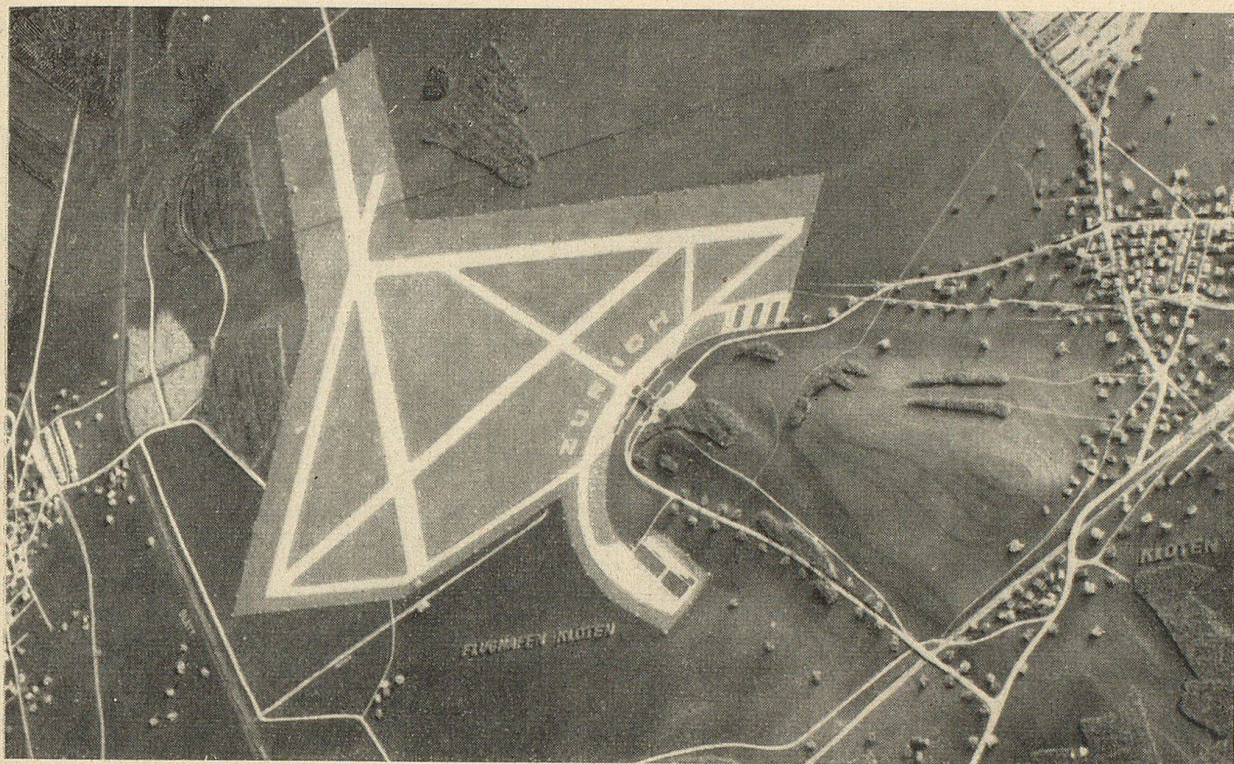
In Belgien ist der König das Streitobjekt der Politik geworden. Leopold III. hat einen viel größern Ansturm der Deutschen erlebt als sein Vater, König Albert, im Jahre 1914. Es ist vom sichern Port aus leicht, sein Verhalten im schicksalschweren Sommer 1940 zu kritisieren, als er im Moment höchster Krise den Kampf einstellte, damit aber auch die Stellung der verbündeten Hilfskräfte unhaltbar machte. Durch die innern politischen Kämpfe in Belgien zieht sich nun wie ein roter Faden ständig der Streit pro und contra Königshaus. Im Februar hatte auch Belgien seine großen Wahlen, aus welchen die katholische Partei als stärkste Partei mit 90 Sitzen hervorging. Die Regierung Van Acker ist, zwischen zwei extreme politische Parlamentsgruppen eingeklemmt, nicht zu fruchtbarer Arbeit gekommen und hat infolgedessen wieder abgedankt.

Auch das holländische Volk hat, zum ersten Mal wieder seit dem Jahre 1937, sein Parlament neu wählen dürfen. Man hat der Partei der Arbeit, die in Holland etwas ganz anderes ist als bei uns, nämlich die Verbindung von Sozialisten und Radikalen und kleinen Widerstandsgruppen, den Sieg vorausgesagt, aber es ist nicht ganz so gekommen: die stärkste Partei bleibt die katholische mit 32 Sitzen, ihr folgt die Partei der Arbeit mit 29, die antirevolutionäre Partei (Protestantisch-Konservative) mit 13, die Kommunisten mit 10, zwei kleinere Parteien mit 14.

Im Osten und im Balkan haben sich neue „Demokratien“ gebildet, wenigstens könnte man es meinen, da jedes dritte Wort, das aus Parlamenten und Presse dieser Länder zu uns dringt, „Demokratie“ heißt. Aber die Praxis sieht anders aus als die Theorie. Polen – nun man begreift, daß dieses grauenhaft verwüstete Land, in dessen Boden die Gebeine unzähliger Ermordeter liegen, es schwer hat, sich zu geordneten und sozial leidlich befriedigenden Verhältnissen durchzuringen. Noch muß sich die Regierung des eigentlichen Kriegsabschaums, der marodierenden und raubenden Banden erwehren, noch hat sie nicht den einwandfrei funktionierenden Apparat für Volksbefragungen und Wahlen zur Verfügung. Auf das erbarmungslose Regime der Nazi folgt nun die Reaktion, indem auch Polen rück-

sichtslos von allem Deutschtum geäubert wird. Den schlimmsten Parteihader hat immer noch Griechenland zu überwinden, dort führt aber ausgeprägter als in irgend einem andern Lande die ideologische Scheidelinie zwischen Westen und Osten hindurch. Die Wahlen fanden unter dem Schutz britischer Bajonette statt und endeten mit einem vollen Erfolg der monarchistischen Volkspartei. Eine richtige Wahlkomödie spielte sich in Bulgarien ab, wo die Einheitsliste der „vaterländischen Front“ siegen mußte. Besser wahrte Ungarn seine Wahlfreiheit und siehe da: zum großen Verdrusse der russischen Herren siegte die Partei der kleinen Landwirte. Eigentliche Terrormahlen hatte Jugoslawien, da fiel kein einziger Stimmzettel unkontrolliert in die Urne und das Ergebnis war: zu 85–90 Prozent die Sanktion der Diktatur Titos. An die drei Millionen Menschen sind im letzten Winter in Jugoslawien vor dem Hungertod gerettet worden durch die „Unrra“-Lieferungen, aber das Volk in den Bergen und Dörfern weiß nicht, wem es dafür zu danken hat, daß diese Waren von den Vereinigten Nationen geliefert worden sind, das geht alles unter im Lob und Preis der Verdienste Stalins um Jugoslawien. Mehr als einen Monat lang hielt der Prozeß Michailowitsch die Gemüter in Aufregung. Der einstige Verteidiger der jugoslawischen Freiheit gegen die deutsch-italienische Invasion sah sich mehr und mehr von dem aus Moskau unterstützten Tito aus dem Felde geschlagen, hat sich wohl auch zu wenig der innenpolitischen Intrige zu wehren gewußt – kurz, der Fall ließ sich prächtig zu einem großen Prozeß gegen die „Reaktion“ verwenden, in dem Michailowitsch mit einer Anzahl seiner Getreuen dem Tode überantwortet wurde. In der Tschechoslowakei errang der Block der Kommunisten und Sozialisten eine knappe Mehrheit im Parlament. Im allgemeinen zeigt sich in diesen Ländern ein zum Teil freilich rigoros unterdrücktes Streben von den Extremen weg zu gesunder politischer Mitte – das ist das einzig Erfreuliche an der Politik des Ostens und Südostens.

Noch ein Sprung hinüber ins britische Inselreich! Die innenpolitische Hausordnung wurde neu bestimmt durch die Parlamentswahlen im Juli 1945, endigend mit einem überraschenden Sieg der Labourpartei, die 391 Sitze gewann, während die Konservativen bei einem Verlust von 180 Mandaten auf 195 Sitze zurückgedrängt wurden. Nächste Folge: Bildung eines Labourkabinetts mit Attlee als Premier, Bevin als Außenminister, während sich der alte Löwe Churchill in die Opposition begab, von wo aus er schon sehr vernehmlich gebrummt hat. Doch im demokratischen England reichen sich, sobald Gemeinsames zu schützen ist, die politischen Gegner immer wieder die Hände, so sah man die alten und neuen Kämpen sich einträchtiglich freuen, als an der Siegesfeier im Juni die imposante Parade der britischen und verbündeten Truppen an ihnen vorüberzog. Sonst aber lasten schwere Sorgen auf Regierung und Volk. Das Mutterland leidet infolge opferwilliger Hergabe der Reserven zugunsten notleidender Völker des Kontinents an einer schweren Ernährungskrise, das reiche England ist verarmt und sieht



Der im Bau begriffene große internationale Flughafen in Kloten (St. Zürich) Photopreß AG., Zürich

seine Söhne immer noch eingesetzt als Ordnungspolizei in allen möglichen politischen Konflikten auf dem ganzen Erdenrund. Trotzdem Großbritannien Garant der demokratischen Rechte und Freiheiten in aller Welt ist, kann es doch nicht überall dort, wo es etwas zu sagen hat, einfach Rechte an Stelle von Pflichten setzen lassen. Palästina ist ein Heerlager geworden, denn die Juden wollen ihre dortige Position mit Waffengewalt erweitern, werden es aber, wenn sie sich der mäßigen Politik Englands nicht fügen wollen, mit der entschlossenen Gegenwehr der Liga der Araberstaaten zu tun bekommen. Krieg mit den Arabern aber kann die wichtige Flankenstellung Englands nordwestlich des Suezkanals gefährden. Der aus Frankreich durchgebrannte Mufti wird hinter den Kulissen das Seinige tun, die Autorität Englands im Nahen Osten zu unterhöhlen. Ägypten hat bereits die Räumung des Landes durch die englischen Truppen durchgesetzt, dieselben Truppen, die bei El Alamein Ägypten vor dem Zugriff durch den Wüstengeneral Rommel bewahrt haben. So ändert sich der Lauf der Welt. Das große Problem Indiens scheint nach mühevollen Verhandlungen doch endlich einer großzügigen Lösung entgegenzureifen.

Noch ein Blick in weltweite Fernen! Amerika ist heute die erste Weltmacht. Es hat mit dem Willen, zu siegen, einen ungeheuren wirtschaftlich-technischen Apparat geschaffen, die Produktivität ins Ungemessene gesteigert und seine ehemals freie Wirtschaft weitgehender staatlicher Lenkung unterstellt. Nach solchen Umwälzungen konnte mit Ende des Krieges nicht einfach wieder in die alten Geleise eingefahren und alles auf Friedens-

politik und Friedensbedarf umgestellt werden. Es sind neue Machtfaktoren da in Landwirtschaft, Industrie, Verkehr und Verwaltung, die alle ihre Sonderwünsche geltend machen, und zwar die Arbeiterschaft mit dem ihr lange vorenthalten gebliebenen Instrument der Arbeitseinstellung, so daß - in ausgeprägter Form im Kohlenbergbau und in der Metallindustrie - eine Streikwelle nach der andern das Land überflutete. Präsident Truman, der nicht die robuste Art seines Vorgängers hat, muß sich mit dem Problem des Interessenausgleichs Tag und Nacht herumschlagen.

In dem Teil Amerikas, der südlich des Äquators liegt, spielen Brasilien und Argentinien, die mit Naturschätzen reich gesegneten Länder, mehr und mehr die erste Geige. Besonders Argentinien nimmt in der Weltversorgung geradezu eine Schlüsselstellung ein. Um so bedeutsamer ist die Frage, wer in dieser sog. Republik regiert. In heftigem Wahlkampf ist Oberst Peron auf den Präsidentenstuhl erhoben worden, ein Mann, von dem es heißt: „der einzige Kerl unter einem Haufen von Marionetten“.

Über zwei kriegsverheerten Zonen des asiatischen Kontinents und der indischen Inselwelt flammt ein schwelendes Feuer beim geringsten Luftzug wieder empor und versengt Menschen, ihr Glück und ihre Habe. Der Kalendermann konnte zu Ende des letzten Berichts die Kapitulation Japans nicht mehr melden. Heute muß er noch den 26. August 1945 als welthistorisches Datum festhalten, den Tag der bedingungslosen Kapitulation des stolzen Reiches, dessen Heere mit dem Nimbus der Unbesieglichkeit ins Feld zogen und

dessen Sonnenbanner einst über China, Indien und Ozeanien flattern sollte. Selbstverständlich waren in den von den Japanern besetzten Ländern nach dem Abzug der japanischen Truppen nicht kurzerhand die alten Besitzverhältnisse wieder herzustellen. Im frühern holländischen Indonésien suchten die Eingeborenen (unter Moskauts wohlwollender Assistenz) ihre Selbstständigkeitsbegehren mit schonungslosen Methoden durchzusetzen ohne Rücksicht auf die großen, von Holland geschaffenen kulturellen Institutionen, so daß britische Truppen eingreifen und dem Terror der fanatisierten Eingeborenen wehren mußten. In Indien pochen Hindus und Muselmanen ebenfalls auf das Selbstbestimmungsrecht und proklamieren laut ihr „Los von England!“. China, in dessen weiten, vom Krieg verwüsteten Gebieten der Hunger umgeht, zerfleischt sich in innern Wirren und im Gegensatz zwischen der Zentralregierung Tschiang Kai-schecks und den Kommunisten. Dieser politische Gegensatz ist schuld, daß nun auch die Mandschurei zum eigentlichen Brandherd geworden ist. Denn die Russen sind so lange dort geblieben, bis die chinesischen Kommunisten genügend stark waren, um Tschungking die Herrschaft streitig machen zu können.

Aus dem Weltwirrwarr flüchtet sich der Kalendermann zurück in sein Heimatland

die Schweiz.

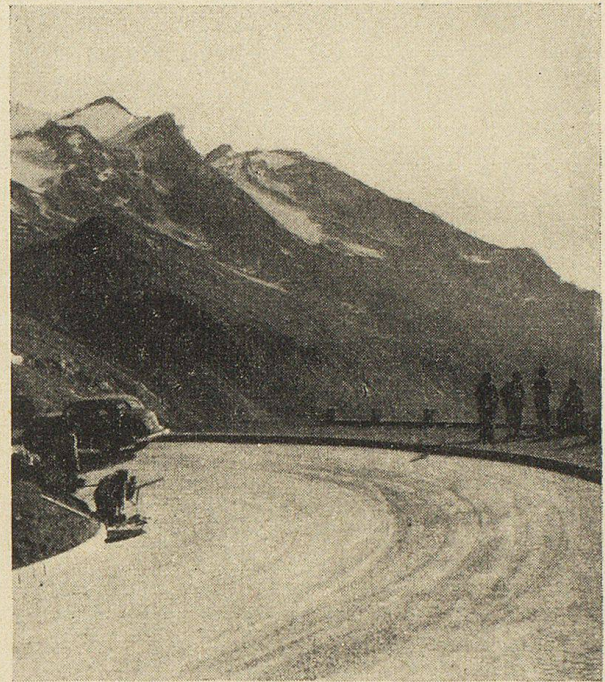
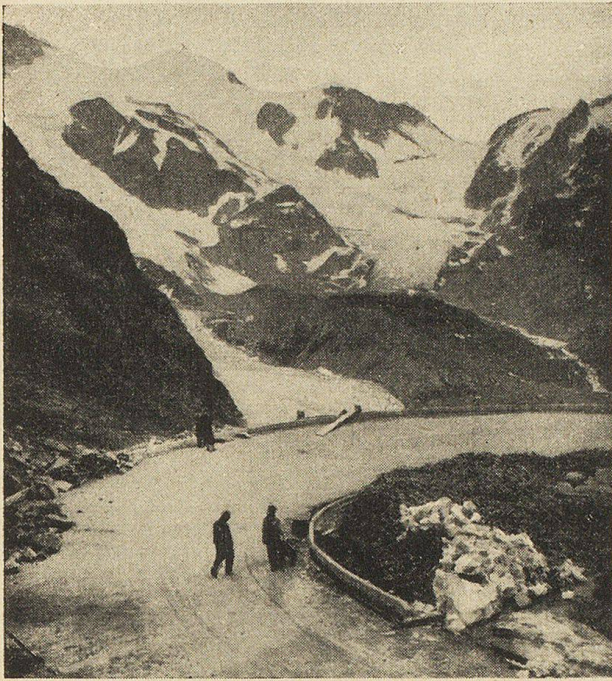
Nicht daß ihn da überall der süße Friede der Bergstille umfasse und des Volkes holde Eintracht ihn erlaube. Wir stehen mitten drin im materiellen und geistigen Ringen, das nun einmal dem menschlichen Geschlecht verordnet ist. „Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen“, das gilt auch für uns; wir erfahren es aber auch alle Tage, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, sondern daß der Geist es ist, der da lebendig macht.

Am 20. August 1945 ist auf dem Bundesplatz in Bern vom General und vom Bundespräsidenten offiziell der Aktiviendienst der schweizerischen Armee als beendet erklärt worden. Am 4. Oktober hat Bundesrat Kobelt in großer Rede im Nationalrat die kritischen Momente, da der Krieg auch für uns auf des Messers Schneide stand, aufgedeckt, so daß jeder Wehrmann erkannte, daß er nicht umsonst Jahr für Jahr zur ernstern Kampfbereitschaft aufgeboten worden ist. Ebenso tiefe Einblicke in das militärisch-politische Geschehen der letzten sechs Jahre gewährte der Bericht des Generals, der auch mit schonungsloser Offenheit enthüllte, was nach seiner Meinung in unserer Landesverteidigung lückenhaft und fehlerhaft gewesen ist. – Viel Aufregung verursachte die sog. Säuberungsaktion. Damit im Zusammenhang standen die Anklagen und Vorwürfe gegen Schweizer, die teils bewusst der nationalsozialistischen Ideologie gehuldigt, teils in guten Treuen ein etwas diplomatischeres Verhalten unserer Presse für angezeigt gehalten hatten. Die Diskussion in Presse und Versammlungen nahm umso leidenschaftlichere Formen an, als sich ein Teil der Säuberer selber auch nicht als sauber erwies und als an Stelle objektiven Rechtssuchens viel parteipolitische Stimmungsmache sich der ganzen Aktion bemächtigte.

Zweimal ist das Schweizervolk im Berichtsjahr an

die Urne gegangen: am 25. November hat es den neuen Verfassungsartikel 34 quinqués, der den Bund zur Gesetzgebung auf dem Gebiete des Familienschutzes ermächtigt, mit 548 601 Ja gegen 170 278 Nein und mit 21½ Ständen gegen den Halbkanton Appenzell A. Rh. angenommen. Nicht befreundeten konnte es sich mit dem neuen Artikel 13 ter über die Verkehrskoordination; es verwarf diesen mit 571 566 Nein gegen 289 935 Ja und mit 21 Ständen gegen den einzig annehmenden Stand Graubünden. – Eine politische Aktion, die Parlament und Tagespresse außer diesen Abstimmungen beschäftigte, bildeten die Verhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation über die Behandlung russischer Internierter in der Schweiz; die persönliche Fühlungnahme hat hüben und drüben viele Vorurteile zerstreut, so daß sich wenigstens offiziell ein besseres Verhältnis zwischen der kleinen Schweiz und dem Riesenreich im Osten anbahnte, das im gegenseitigen Austausch diplomatischer Vertretungen seinen Ausdruck fand. – Reichlichen Diskussionsstoff boten die Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung, die noch dem Volkseigentum unterstehen, besonders aber das Finanzabkommen von Washington, das Ergebnis zäher Verhandlungen über die Ansprüche der Alliierten an den deutschen Guthaben in der Schweiz: eine überaus komplizierte Rechts- und Finanzfrage, bei der es leider nicht ohne Verletzung schweizerischen Rechtsempfindens abging. Das Ergebnis war ein Kompromiß, bei dem wir mit einem Millionenopfer zugunsten der Alliierten die Aufgabe der schwarzen Listen und die Freigabe unserer in Amerika eingefrorenen Guthaben eintauschten. Der Nationalrat hat das Abkommen mit 142 gegen 29 Stimmen, der Ständerat mit 26 gegen 11 Stimmen ratifiziert. – Die gewaltige Entwicklung der Luftschifffahrt zwingt auch unser Land, die „Drehscheibe Europas“, sich auf die neuen Verkehrsmöglichkeiten umzustellen. Bereits stehen Luftverkehrslinien nach Norden, Westen und Süden in Betrieb (z. B. Amsterdam-Genf-Madrid-Lissabon). Als erstes Verkehrszentrum ist der Flugplatz Kloten auszuweisen, an dessen Ausbau Stadt und Kanton Zürich 46 Millionen, der Bund 13,6 Mill. Franken bewilligte. Wer wagt da noch zu sagen, wir seien in der Schweiz knickerige Kappenspalter? – Zeichen und Beweis unserer industriellen und gewerblichen Mührigkeit war die in den Tagen vom 4.–14. Mai die mächtigen Hallen füllende Basler Mustermesse, während im Gebirge ein Meisterstück schweizerischer Straßenbaukunst der Vollendung entgegengeht: die direkte Verbindung Haslital-Neustal über den Susten. – Am 12. Januar feierte die Schweiz den 200. Geburtstag des großen Erziehers und Schulmannes, des selbstlosen Helfers der Armen und Verlassenen und des Beckers edelster staatsbürgerlicher Tugenden: Heinrich Pestalozzi. Ein bleibendes Denkmal wird ihm im Pestalozzidörfli in Trogen gesetzt werden, das von den Millionen unglücklicher, vom Kriege an Leib und Seele geschädigter Kinder einen kleinen Teil aufnehmen und ihnen wieder Lebensfreude und Vertrauen in die sieghafte Kraft der Liebe geben soll.

Des Geschickes Mächte sind auch im Berichtsjahr nicht



Die Sustenstraße vollendet. Während des Krieges ist in aller Stille mitten im Herzen der Schweiz an einem Friedenswerk gearbeitet worden, welches in seiner großartigen Anlage kaum mehr überboten wird, der Sustenstraße, welche das obere Aaretal mit dem Reusstal verbindet und durch eine grandiose Alpenlandschaft führt. Unsere Bilder zeigen einen Ausschnitt von der Bernerseite der Straße, den sogenannten „Gletscherrant“ mit dem Sustenhorn und Sustengletscher links. (Photopress Zürich)

untätig geblieben. Der Kalendermann greift aus der langen Reihe tragischer Unglücksfälle nur zwei heraus: den Absturz von vier verirrten Militärflugzeugen im Grimselgebiet, deren Piloten in der Fels- und Schneeregion zerschmettert aufgefunden worden sind, und die Explosion im Fort Dailly bei St. Maurice, die einen in die Millionen gehenden Schaden verursachte und 12 Arbeitern das Leben kostete.

Aus der kantonalen Politik sind vor allem die städtischen Wahlen in Zürich und die Grossratswahlen im Kanton Bern hervorzuheben. Bei den Zürcher Gemeinderatswahlen war bemerkenswert der Gewinn von 14 Sitzen durch die Partei der Arbeit und der Verlust von 5 sozialdemokratischen und 16 Landesringmandaten. Anders ging es bei der Wahl des engeren Stadtrates; gewählt wurden 5 Sozialdemokraten, 2 Freisinnige, 1 Vertreter des Landesrings und – auf Kosten der Christlichsozialen – der Vertreter der PdA, womit zum erstenmal ein Kommunist in der städtischen Exekutive Einzug hielt. – Die Berner Grossratswahlen brachten der sozialdemokratischen Partei einen Zuwachs von 14, der BGB-Partei einen solchen von 4 Mandaten. Die Gewinne gehen hauptsächlich auf Kosten der Jungbauern, die einen katastrophalen Zusammenbruch erlebten.

Die Idee des allgemeinen politischen Frauenstimm- und Wahlrechts hat nacheinander zwei Niederlagen erlebt. Baselstadt verwarf das Gesetz mit 19 898 Nein und 11 700 Ja, Baselland brachte gar nur 3855 Ja gegen 10 396 Nein auf. – Bemerkenswert sind unter den kantonalen Urnenentscheidungen auch die schweizerischen Volksabstimmungen vom 10.

Februar, in welcher mit dreihundert Stimmen Mehrheit die Patentjagd an Stelle des bereits bewährten Revierjagdsystems gesetzt wurde, und vom 6./7. Juli, in welcher die Bürgerschaft für die Saarmelioration 2,64 Millionen und für Wohnbauförderung 2,5 Millionen Franken bewilligte.

Die Landsgemeinde von Appenzell A. Rh. in Trogen bestätigte die Regierung, wählte als neue Oberrichter Knöpfel (Speicher), Diem (Schwellbr.), Moesle (Herisau) und Dr. Desch (Wolfhalden), sanktionierte mit starkem Mehr das revidierte Steuergesetz und genehmigte, allerdings nur mit knappem Mehr, das Gesetz über Beitragsleistungen zur Förderung der Wirtschaft.

Nun ist es des Kalendermanns schmerzliche Pflicht, noch einigen Mitmenschen, die ihren Lauf vollendet, das letzte Geleite zu geben. Auf unserer Totentafel findet der Leser ihrer 16 im Bilde festgehalten. Nehmen wir diesmal die Männer der Wissenschaft, der Kirche und Schule, der Technik und der Kunst zuerst. Da denken wir an zwei Zürcher Gelehrte: der eine, Prof. Rudolf Hunziker, Lehrer für alte Sprachen und Deutsch am Gymnasium in Winterthur, hinterließ ein ungemein reiches künstlerisch-literarisches Erbe, besonders als Biograph hervorragender Dichter und Schriftsteller seiner Zeit und der Vergangenheit, der andere war Prof. Dr. Hans Lehmann, der ehemalige Direktor des Schweiz. Landesmuseums, ein Mann von profunder Kenntnis der Schweizergeschichte und des alten schweizerischen Kunstschaffens, Ehrenmitglied wissenschaftlicher Gesellschaften und Berater überall dort, wo es galt, Altherwürdiges und Werte gediegener Kleinkunst der Nachwelt zu erhalten.

Einen Ehrenplatz räumt der Kalendermann dem Appenzeller Alt-Dir. Viktor Altherr ein, dem liebevollsten Freund aller Gebrechlichen und wagemutigen Schöpfer segensreicher Hilfswerke, der ostschweiz. Blindenhilfe und der Blindenheime in Heiligkreuz-St. Gallen. Appenzeller, die sich ebenfalls einen Namen gemacht, waren Direktor Alfred Altherr in Herrliberg bei Zürich, der langjährige Direktor der Zürcher Kunstgewerbeschule und des Kunstgewerbemuseums, Pfr. Eduard Schläpfer, dessen Wirken in Grub App. und in Marbach unvergessen bleibt. Zu den Schul- und Kirchenmännern sind weiter einzureihen Alt-Direktor Florian Schlegel, während 40 Jahren Professor an der St. Galler Lehrerschule und lange Zeit Leiter dieser Lehranstalt, Dr. Julius Leumann, Alt-Direktor der Kantonschule in Frauenfeld, Professor Dr. Arthur Homberger, Ordinarius für Staatsrecht an der Universität Bern, Professor Dr. h. c. Josef Gallus Scheel, ehemaliger Domkapellmeister in St. Gallen, und Prof. Dr. Leonhard Kagaz, eine theologisch-politische, kompromisslos ihre Ziele verfolgende und damit oft mit der rauen Wirklichkeit in Konflikt kommende Kampfnatur. Auch in den Reihen der Künstler und Kunstgelehrten hat der Tod Lücken gerissen: wer kannte in der Ostschweiz nicht Karl Liner, der wie kaum ein anderer Land und Volk von Innerrhoden gekannt, dem Berge, Heimstätten und Menschen eine unerschöpfliche Fundgrube für sein künstlerisches Schauen gewesen sind und der das Geschaute mit seltener Meisterschaft auf die Leinwand gebannt hat. Ganz anders als dieser Praktiker der Kunst der Theoretiker Heinrich Wölfflin, die Zürcher Kunstautorität, den in Kunstbetrachtung und Auffassung neue Wege weisenden Lehrer und Schriftsteller. Noch ein Künstler von Ruf muß genannt werden: Hans Beat Wieland, der Meister der Gebirgslandschaft, geboren in Mörschwil (St. Gallen) und gestorben in Kriens (Luzern). Techniker von hohem Ansehen waren Ingenieur Jeger, ehemaliger Kulturingenieur im Baudepartement des Kantons St. Gallen, später Fabrikbetriebsleiter und Redaktor der „Schweizerischen Bauzeitung“, Direktor Otto Schöch, jahrzehntelang Leiter des Gas- und des Wasserwerks in Herisau, und schließlich zwei Pioniere des Flugwesens: Robert Gsell, Professor an der ETH in Zürich, dessen tragischer Tod infolge Absturzes eine unerfüllte Lücke in die fliegerische Führerschaft unseres Landes gerissen hat, und H. E. Gugelberg von Mors, Maiensfeld, ein um unser Flugwesen hochverdienter und wagemutiger Ballonpionier.

Und nun die Politiker und Parlamentarier, die militärischen Führer und Verwaltungsmänner, Schriftsteller und Männer der freien Wirtschaft. Das St. Gallervolk hat zwei seiner frühern Regierungsmänner ins Grab sinken sehen: Alt-Landammann Alfred Kiegg, den langjährigen Chef des kantonalen Baudepartements, Vorkämpfer großer Werke im Wasserbau und in der Elektrizitätswirtschaft, dazu ein Becker liberalen Geistes in Politik und Kirche, und Landammann Valentin Keel, ehem. „Volksstimme“-Redaktor. In Wil starb Oberst Paul Truniger, Kommandant des Regiments 35 und der Brig. 16, weitherum bekannter Baufachmann, jahrzehntelang in Schul- und Kirchenbehörden und im Großen Rat tätig. Plötzlich aus überreichem

Tagewerk abberufen wurde in Schaffhausen Ständerat Dr. Julius Bühler, Leiter der Eisen- und Stahlwerke vorm. Georg Fischer, ein Wirtschaftsführer eigener Kraft, prägnante Gestalt im Räte der Stände als kenntnisreicher und für die sozialen Verpflichtungen der heutigen Zeit aufgeschlossener Industrieller. Der Kanton Glarus betrauert den Hinschied von Ständerat Dr. J. Mercier. 21 Jahre lang hat er das Stadtpräsidium des Kantonshauptortes innegehabt, das Glarner Volk wählte ihn in den Landrat und in den Regierungsrat – immer ging er aufrecht den Weg, den ihm seine Gesinnung und Überzeugung und der Wille, dem Lande zu dienen, wies. Die Thurgauer verloren in Alt-Ständerat Albert Böhi einen Mann von knorrigem Thurgauer Holz, im Regierungsrat Leiter des Justiz- und Polizei- sowie des Armendepartements, von seiner obrichterlichen Tätigkeit her ein konsequenter Verfechter von Verfassung und Gesetz, die er niemals „ritzen“ ließ. In unserm Nachbaranton Innerrhoden läuteten die Totenglocken einem obersten Vertrauensmann des Volkes: Landammann und Ständerat Dr. Karl Rusch. Aus wichtigen Bundesämtern sind geschieden Bundesrichter Paul Kasser, Spezialist des Beamtenrechts, Alt-Bundeskanzler Bovey, der während 35 Jahren die eidgenössische Politik „an der Quelle“ erlebt hat, und Minister Dr. Walter Thurnherr, der in den letzten schweren Kriegsjahren die schweizerischen Interessen in London mit Umsicht und Mut gewahrt hat. – Von militärischen Führern wurde zur großen Armee abberufen Oberstkorpskommandant Rudolf Miescher, ehemals während 16 Jahren Basler Regierungsrat und 12 Jahre lang Vertreter Basels in der liberal-demokratischen Fraktion des Nationalrates, dann in der militärischen Laufbahn aufgestiegen bis zum Kommando des 3. Armeekorps, wo er sich als klarblickender Führer eine unbestrittene Autorität sicherte. Auch die Wirtschafts- und Verkehrspolitik hat dem Tode ihren Tribut bezahlt. Die Abtische Bahn verlor ihren weitblickenden langjährigen Direktor Gustav Bener, ein großer Turnerfreund und Förderer kulturell-literarischer Werke, die schweizerische Metzgerei ihren tatkräftigen Sekretär Dr. Rudolf Böppli, die Bundesbahnen den aus Heiden gebürtigen Chef des kommerziellen Dienstes, Wilhelm Schwalb, die Stadt Sankt Gallen den frühern Ratsschreiber Emil Näf und den weitbekannten Juristen Dr. Arnold Janggen.

*

Was ist uns, den Lebenden, verordnet? Zu wirken so lange es Tag ist, am Aufbau einer bessern Welt zu arbeiten, indem wir die Wunden, die der Krieg geschlagen, nach unsern schwachen Kräften zu heilen suchen, dem Unrecht wehren und Politik und Wirtschaft den ewig gültigen Gesetzen der dienenden Liebe unterordnen. Unserm Vaterland tut vor allem eines not: stille treue Arbeit auf dem Platze, da ein jeglicher hingestellt ist, nicht zu viel reden, nicht zu viel versprechen oder sich versprechen lassen. Ein jeder kehre vor seiner eigenen Tür. Mißtraue der tönenden Phrase, mache nicht mit im Bettlaufe um die Gunst der Masse. Bedenke der Worte eines unserer Staatsmänner, der gesagt hat: „Da in der Republik die Mehrheit herrscht, hängt alles davon ab, von welchem Geist diese Mehrheit erfüllt ist.“



1. Landammann und alt Ständerat Dr. iur. Carl Rujch, Appenzell. 2. Gustav Bener, Chur, alt Direktor der Rätli. Bahnen. 3. Landammann Alfred Riegg, St. Gallen. 4. Viktor Altherr, Gründer und Leiter der Ostschweiz. Blindenanstalten in St. Gallen. 5. Karl Liner, Kunstmaler, Appenzell. 6. Professor Dr. Julius Deumann, Rektor der thurg. Kantonschule in Frauenfeld. 7. Hans Beat Wieland, Kunstmaler, Ariens-Luzern. 8. Alt Pfarrer Eduard Schläpfer, St. Gallen. 9. Ständerat Dr. Philipp Mercier, Glarus. 10. Professor Dr. Rudolf Hunziker, Winterthur. 11. Professor Dr. Heinrich Wölflin, Zürich. 12. Oberst Paul Truniger, Architekt, Wil. 13. Bundesrichter Dr. phil. h. c. Paul Kasser, Bern. 14. Alt Ständerat Albert Böhi, Bürglen (Thg.). 15. Oberstkorpskommandant Dr. iur. Rudolf Miescher, Basel. 16. Ständerat Direktor Dr. Julius Bühler, Schaffhausen.